

Regierung will Vorlage noch dieses Jahr präsentieren

Die Regierung soll dem Thema «bezahlte Elternzeit» eine höhere Priorität zuweisen. Das forderte der Liechtensteiner ArbeitnehmerInnenverband (LANV) anlässlich der 1.-Mai-Feier. Der LANV setzt sich seit 20 Jahren für den bezahlten Elternurlaub ein. Eine neue EU-Richtlinie bringt nun neuen Schwung in die Thematik und sieht vor, dass die Umsetzung der Richtlinie in den EU-Ländern bis 2022 erfolgen soll. Die EU-Richtlinie sieht unter anderem einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von zehn Tagen vor. Ausserdem sollen beide Elternteile einen Anspruch auf vier Monate Elternurlaub haben – wovon zwei Monate bezahlt und nicht auf den anderen Elternteil übertragbar sind. Für die EWR-Staaten befindet sich die Richtlinie noch im Übernahmeverfahren, die Umsetzung könnte bis 2024 dauern. Der LANV forderte die Regierung auf, schnell-

er zu handeln, und ist überzeugt, dass sich Liechtenstein mehr als die Umsetzung der Mindeststandards leisten kann. Er fordert seit Jahren eine viermonatige bezahlte Elternzeit. Sabine Monauni betonte, dass die Regierung mit Hochdruck an einer entsprechenden Vorlage arbeite. Sie gab aber auch zu bedenken, dass es noch viele komplexe Fragen zu berücksichtigen gebe und die Finanzierung nach wie vor eine Knacknuss darstelle.